



Hauptausschuss

26. Sitzung (öffentlich)

1. März 2007

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokollerstellung: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1 Landesvertretung Brüssel	5
Sachstandsbericht der Landesregierung Vorlage 14/963 - Ausführliche Diskussion	
2 Umsetzung des Kopftuchverbots an öffentlichen Schulen in Nordrhein-Westfalen (s. Anlage)	10
Sachstandsbericht der Landesregierung Vorlage 14/947 - Ausführliche Diskussion	

- 3 Versteigerung von WiMAX-Lizenzen** 14
Vorlage 14/922
- Diskussion
- 4 Initiative Kinder- und Jugendmedienschutz 2006** 16
Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1548
vgl. APr. 14/260
- Votum an den federführenden Ausschuss für Generationen, Familie und
Integration

Der Ausschuss verzichtet auf ein Votum, begrüßt aber den zu erwar-
tenden Konsens im federführenden Ausschuss.
- 5 Neustrukturierung des Aufgabenfeldes „Frau und Beruf“** 17
Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3495
- Verfahrensabsprache

Der Ausschuss kommt mit den Stimmen aller vier Fraktionen überein,
kein Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.
- 6 Strukturpolitik für den Niederrhein** 17
Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2869
- Diskussion
Der Ausschuss verzichtet auf ein Votum.

- 7 Initiative „Hilfen und Helfer“ unterstützen: steuerliche Begünstigung des Ehrenamtes und Vereinfachung des Spendenabzuges für ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger mittragen** 19

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3170

- Diskussion

- 8 Verschiedenes** 21

a) Zuordnung von Übertragungskapazitäten für Rundfunk

Vorlagen 14/895 und 14/958

Der Vorsitzende stellt die Unterrichtung des Hauptausschusses fest.

b) Öffentliche Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses zu dem Antrag der Fraktionen von CDU und FDP mit der Überschrift „Streichung des kreditverfassungsrechtlichen Ausnahmetatbestandes ‚Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes‘“

c) Hinweis auf Subsidiaritätsnachlese am 6. März 2007, 13:30 Uhr, Information 14/383

d) Anhörung im Rahmen des RFID-Tages am 19. April 2007

e) Anhörung zum 12. Rundfunkänderungsgesetz

Der Ausschuss verständigt sich darauf, zu Beginn der nächsten Sitzung den Punkt aufzurufen, dann den formalen Anforderungen Genüge zu tun, aber keine Debatte zu führen.

8 Verschiedenes

a) Zuordnung von Übertragungskapazitäten für Rundfunk

Vorlagen 14/895 und 14/958

Der Vorsitzende stellt die Unterrichtung des Hauptausschusses fest.

b) Öffentliche Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses zu dem Antrag der Fraktionen von CDU und FDP mit der Überschrift „Streichung des kreditverfassungsrechtlichen Ausnahmetatbestandes ‚Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes‘“

Der **Vorsitzende** teilt die Verlegung des Termins für die Anhörung, an der der Hauptausschuss sich nachrichtlich beteilige, vom 22. März 2007 auf den 10. Mai 2007, 11 Uhr mit.

c) Hinweis auf Subsidiaritätsnachlese am 6. März 2007, 13:30 Uhr, Information 14/383

Der **Vorsitzende** lädt noch einmal zu dieser Veranstaltung ein, auf der das Ende des Jahres 2006 durchgeführte Verfahren reflektiert und in einem offenen Gespräch konstruktiv mit Kritik und Anregungen umgegangen werden solle. In Absprache mit den Obleuten der Fraktionen finde dieses Gespräch, um es auch für Mitglieder anderer Ausschüsse zu öffnen, nicht im Rahmen eines Tagesordnungspunktes des Hauptausschusses, sondern an einem Fraktionsnachmittag statt.

d) Anhörung im Rahmen des RFID-Tages am 19. April 2007

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass bislang nur die Benennungen von Sachverständigen durch die Koalitionsfraktionen vorlägen, und bittet um Vorlage der Namen der von SPD und Grünen gewünschten Sachverständigen bis zum Freitag.

e) Anhörung zum 12. Rundfunkänderungsgesetz

Wolfram Kuschke (SPD) plädiert, ohne an dem Verfahren und den Termin etwas ändern zu wollen, dafür, aus formalen Gründen den Gesetzentwurf zumindest im Ausschuss einmal auf die Tagesordnung zu setzen.

Vorsitzender Werner Jostmeier bietet an, diesen Punkt heute noch zu behandeln; die Tagesordnung am 15. März sei ohnehin recht gut gefüllt.

Ralf Witzel (FDP) spricht sich dafür aus, dem formalen Aspekt jetzt noch Genüge zu tun. Würde das hier gewählte Verfahren - Anhörung ohne erste Beratung des Gesetzesentwurfs im Ausschuss - als Ausnahme deklariert, würden keine Präzedenzfälle geschaffen.

Claudia Nell-Paul (SPD) bittet den Vorsitzenden, die Tagesordnung des Hauptausschusses für den 15. März um einen entsprechenden Punkt zu erweitern, denn eine solche Formalie könne nicht unter „Verschiedenes“ abgehandelt werden.

Dem schließt sich **Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** an.

Vorsitzender Werner Jostmeier macht auf Probleme mit der Einhaltung von Fristen aufmerksam, käme der Punkt erst in der Sitzung am 15. März zur Sprache.

Ilka von Boeselager (CDU) sieht keinen Grund, die Angelegenheit jetzt hier nicht zu thematisieren. Den Punkt für die nächste Sitzung vorzusehen entfällt ihrer Meinung nach aufgrund der großen Anzahl der dann zu beratenden Themen.

Vorsitzender Werner Jostmeier teilt mit, bei Zustimmung aller Fraktionen könne der Punkt heute als Tagesordnungspunkt, da die Sitzung noch nicht beendet sei, aufgerufen werden.

Edgar Moron (SPD) wendet ein, der Vorgang liege nicht vor und nicht alle Fraktionen hätten sich mit einer Behandlung heute einverstanden erklärt.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, zu Beginn der nächsten Sitzung den Punkt aufzurufen, den formalen Anforderungen Genüge zu tun, aber keine Debatte zu führen.

gez. W. Jostmeier
Vorsitzender

Anlage

hoe/19.04.2007/23.04.2007

165